

Nachbessern im Nahverkehr

BSAG prüft Einsatz von Reisebussen und untersucht die Fahrgastströme, um Spitzenzeiten zu entschärfen

VON PASCAL FALTERMANN

Bremen. Es sollte die letzte Möglichkeit, die letzte Lösung sein. Der Einsatz von Reisebussen im öffentlichen Nahverkehr in Bremen gilt bei der Bremer Straßenbahn AG (BSAG) als schwieriges Thema. Um den Infektionsschutz und genügend Abstand in Corona-Zeiten zu gewährleisten, wollen die Verantwortlichen der BSAG diesen Schritt aber nun machen. „Wir prüfen intensiv, ob und wo wir mehr Fahrzeuge und Personal einsetzen können. Wir schauen, was technisch geht und was wir extern vergeben können“, sagt Matthias Zimmermann, seit ein paar Tagen Interims-Vorstand der BSAG, bei einer Video-Pressekonferenz am Mittwoch. Man untersuche, auf welchen Strecken Reisebusunternehmen einzelne Fahrten übernehmen könnten, damit die Busse und Bahnen im Linienverkehr entlastet werden. Zur Finanzierung dieses Vorhabens sind laut dem Verkehrsressort die ersten Gespräche gelaufen, Geld könnte aus dem Bremen-Fonds kommen.

Der WESER-KURIER hatte berichtet, dass die BSAG beim Einsatz von Fahrzeugen und Personal an ihre Kapazitätsgrenze gelangt ist. Daraufhin hatten mehrere Parteien gefordert, der Verkehrsbetrieb solle mit privaten Busunternehmen zusammenarbeiten.

„Wir schauen, was technisch geht und was wir extern vergeben können.“

Matthias Zimmermann, BSAG-Vorstand

Die BSAG und das grün-geführte Verkehrsressort hatten diesen Plänen bislang allerdings eine Absage erteilt.

Ein Umdenken soll es auch jetzt nicht gegeben haben, sagt BSAG-Sprecher Jens-Christian Meyer. Denn bereits seit dem Lockdown im Frühjahr prüfe man die Fremdvergabe an externe Unternehmen. Das sei jedoch nicht ganz einfach, weil es in den Reisebussen an Ticketautomaten, an Einrichtungen für die Ampelsteuerung oder Barrierefreiheit fehle. „Außerdem ist durch die engeren Gänge und kleineren Ein- und Ausgänge das Infektionsrisiko in den Reisebussen höher. Ein Risiko, das wir mit beachten müssen“, sagt Meyer.

„Der Einsatz von Reisebussen ist nicht im gesamten Netz möglich“, ergänzt BSAG-Vorstand Zimmermann. Im Gegensatz zu den regulären Linienfahrzeugen seien diese teilweise höher und könnten unter einigen Unterführungen nicht durchkommen. „Aber wir wollen die Spitzenzeiten entschärfen, das Aufkommen entzerren und an bestimmten Stellen die Linien verstärken“, so Zimmermann. Auf der Strecke vom Hauptbahnhof zum Güterverkehrszentrum können die privaten Fahrzeuge eher nicht eingesetzt werden, weil sie dort teilweise auf Schienen fahren müssten. Mit den Linien 52 (Huchting/Kattenturm) und 29 (Kattenturm/Neue Vahr Nord) hätten sich zwei andere Strecken als Favoriten herauskristallisiert.

Konkrete Gespräche mit privaten Unternehmen habe es noch nicht gegeben, aber



Die Bremer Straßenbahn AG will die Fahrgastströme genauer untersuchen.

FOTO: CHRISTINA KUHAUPT

man suche nach Möglichkeiten und Erleichterungen, die man den Firmen anbieten könne. Warum die BSAG diesen Plänen erst eine Absage erteilt und nun doch darauf zurückkommt, hat auch mit einem steigenden Krankenstand im Unternehmen zu tun. „Zähneknirschend müssen wir diesen Weg nun gehen“, sagt BSAG-Sprecher Meyer.

Weil es immer wieder den Vorwurf von überfüllten Bussen und Bahnen gegeben hatte, schauen die Nahverkehrsexperten der BSAG nun auch genauer auf die Ströme und

Zahlen der Fahrgäste. „Seit Beginn des Winterfahrplans am Montag melden alle Fahrer die täglichen Besetzungszahlen an unsere Leitstelle“, sagt Kirsten Krieshammer, Fachbereichsleiterin im Center Betrieb. Zudem kontrolliere extra abgestelltes Personal die Fahrgastströme. Ein Drittel der Bahnen und zwei Drittel der Busse seien mit elektronischen Zählsystemen ausgestattet, die Informationen zur Nutzung lieferten. Zudem würden die Rückmeldungen ans Kundenmanagement mit in die Bewertung einfließen.

Nordwestbahn fehlen die Kapazitäten

Die Taktung bei der Nordwestbahn soll im Winter gleich bleiben. „Es gibt also nicht mehr Züge“, sagt Sprecher Steffen Högemann. Eine Erweiterung des Angebots sei nicht möglich, weil keine Kapazitäten mehr verfügbar seien. „Es kann auch keine längeren Züge geben, weil auf längeren Strecken einige Bahnhöfe dafür nicht ausgerüstet sind und wir diese Stationen ja nicht einfach auslassen könnten“, so Högemann. Das wäre beispielsweise auf der Strecke

von Farge zum Hauptbahnhof möglich, aber es würden dafür die Waggons fehlen. Das Streckennetz der Deutschen Bahn sei zudem zu mehr als 100 Prozent ausgelastet. Bei der Nordwestbahn gebe es unterdessen derzeit bei den Fahrgästen eine Auslastung von 75 Prozent im Vergleich zu den Zahlen von 2019. „Wir kämpfen im Raum Bremen noch immer mit einer relativ hohen Zahl an Maskenverweigerern“, sagt Högemann. PAF

Streit um Parlamentsrechte

Imhoff will mehr Mitwirkung bei Corona-Verordnungen

VON JÜRGEN THEINER

Bremen. Der Präsident der Bremischen Bürgerschaft, Frank Imhoff, hält das vom Senat geplante Gesetz zur Beteiligung des Parlaments an den Corona-Verordnungen für unzureichend. Der CDU-Politiker forderte am Mittwoch eine „echte Einbeziehung der Bremischen Bürgerschaft“. Dieser Forderung werde der Entwurf des Senats nicht gerecht.

Hintergrund des Gesetzesvorhabens ist die bisherige Dominanz der Exekutive bei Entscheidungen über Einschränkungen des öffentlichen Lebens. Der Senat hatte seit dem Frühjahr eine ganze Reihe entsprechender Corona-Verordnungen erlassen, dem Parlament blieb nur eine Statistenrolle. Dass sich dies ändern müsse, ist parteiübergreifender Konsens. Am Dienstag legte der Senat nun einen Gesetzentwurf vor, der im Wesentlichen vorsieht, die von der Landesregierung beschlossenen Corona-Vorschriften an eine nachträgliche Bestätigung durch das Parlament zu binden.

Aus Imhoffs Sicht geht der Gesetzentwurf nicht über bestehende Regelungen hinaus. Die Bürgerschaft könne schon jetzt

Verordnungen des Senats aufheben oder befristen. „Um eine echte Beteiligung des Parlaments sicherzustellen, müssen Erlasse, Verlängerungen, Änderungen oder Aufhebungen der Corona-Rechtsverordnung der Bürgerschaft so frühzeitig mitgeteilt werden, dass eine Beratung im Parlament möglich ist“, forderte Imhoff. Zudem sprach er sich für einen eigenen Fachausschuss aus, der die Corona-Politik des Senats begleitet. Die Bürgerschaftsfractionen von CDU und FDP teilen Imhoffs Vorbehalte. Die Fraktionschefin der Liberalen, Lencke Wischhusen, verwies auf einen eigenen Gesetzentwurf der Liberalen, der dem Parlament im Normalfall die alleinige Entscheidungskompetenz über Corona-Verordnungen zuweist und nur in dringenden Fällen eine Ausnahme vorsieht.

SPD-Fraktionschef Mustafa Güngör kann die Kritik der Bürgerschaftspräsidenten am Gesetzentwurf des Senats nicht nachvollziehen. Es sei unstrittig, dass das Parlament künftig in die Entscheidungen über Corona-Verordnungen einbezogen werden soll. Die Exekutive müsse aber weiterhin die Möglichkeit haben, kurzfristig auf die Pandemie-Entwicklung zu reagieren.



Frank Imhoff
FOTO: KUHAUPT

Ermittler jetzt selbst im Fokus

Bamf-Skandal: Wurde entlastendes Material unterdrückt?

VON JÜRGEN HINRICHS

Bremen. Wächst sich der sogenannte Bremer Bamf-Skandal zu einer Affäre von Justiz und Polizei aus? Zu diesem Schluss könnte ein Vorgang führen, den ein anonymes Hinweisgeber ausgelöst hat. Er behauptet, dass in dem Verfahren gegen die drei Beschuldigten wegen mutmaßlich manipulierter Asylbescheide entlastendes Material bewusst beiseite gelassen wurde. Der Hinweisgeber soll nach Informationen der „Süddeutschen Zeitung“ selbst zu den Ermittlern gehört haben. Die Staatsanwaltschaft ermittelt jetzt wegen Urkundenunterdrückung – sie geht damit quasi gegen sich selbst vor.

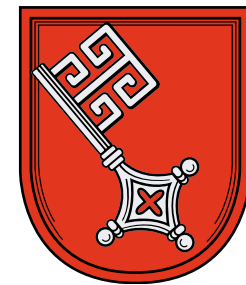
„Der Hinweis ist Ende Juni beim Landgericht eingegangen“, erklärte auf Anfrage Frank Passade, Sprecher der Staatsanwaltschaft. Seither seien bereits mehrere Zeugen vernommen worden. Im Fokus steht die Arbeit der Ermittlungsgruppe „Antrag“. Sie war in Spitzenzeiten mit bis zu 40 Beamten besetzt und hat sich mehr als ein Jahr lang mit den Vorgängen der Bremer Außenstelle des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Bamf) in Vegesack beschäftigt. Das Ergebnis ist Grundlage der Anklage gegen die ehemalige Leiterin der Bamf-Filiale und zwei Rechtsanwälte aus Hildesheim und Oldenburg, die in den Jahren zwischen 2014

und 2018 gemeinsam Flüchtlingen ohne Rechtsgrundlage einen Schutzstatus beschafft haben sollen.

Das Landgericht hatte die Anklage in der vergangenen Woche nach langer Prüfung nur in den wenigsten Punkten zur Hauptverhandlung zugelassen. Ob die Staatsanwaltschaft gegen diese Entscheidung Widerspruch einlegt, war am Mittwoch kurz vor Ablauf der Frist noch offen.

Dass die Ankläger nun gegen ihre eigene Ermittlungsgruppe ermittelt, ist für Passade ohne Alternative. „In einem Flächenstaat wäre das möglicherweise anders, aber wir haben nun mal nur die eine Staatsanwaltschaft“, sagte der Behördensprecher. Für die Aufklärung der Vorwürfe aus dem anonymen Schreiben werde aber eine andere Abteilung eingesetzt, nicht dieselbe also, die mit der Gruppe „Antrag“ zusammengearbeitet habe. Genau so sei es bei der Polizei. Dort würden Beamte der Internen Ermittlung die Überprüfung übernehmen.

Für den Flüchtlingsrat hat sich der Bamf-Skandal nach der jüngsten Entwicklung endgültig als „Kampagne gegen das Recht auf Asyl entlarvt“, wie es in einer Mitteilung heißt. Die Fraktion der Linken in der Bürgerschaft will wegen der Vorwürfe im Rechtsausschuss des Parlaments Akteneinsicht beantragen.



Geld macht nicht korrupt – kein Geld schon eher.

DIETER HILDEBRANDT (1927 – 2013)

CDU-Alternativen zum Bremen-Fonds

Kritik: Zu wenig Innovation

VON JÜRGEN THEINER

Bremen. Investitionen in die Infrastruktur, der Aufbau einer „Klima-Universität“, Stärkung der Bremer Kliniken: Das sind tragende Säulen eines Konzepts, mit dem die Bremer CDU-Bürgerschaftsfraction die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie bewältigen will. Das rund 650 Millionen Euro schwere Ausgabenprogramm soll eine inhaltliche Alternative zum Bremen-Fonds darstellen, den die Bürgerschaft im Sommer beschlossen hatte. Auch dieser kreditfinanzierte, mit 1,2 Milliarden Euro gefüllte Topf soll die Corona-Folgen mildern.

Zwischen den beiden Konzepten gibt es eine Reihe von Überschneidungen, das sehen auch die Christdemokraten so, die ihr Programm am Mittwoch vorstellten. Konsens besteht etwa bei der beschleunigten Digitalisierung der Schulen, der Attraktivierung der Innenstadt und der Verbesserung der Infrastruktur. Was den letzteren Punkt angeht, schwebt der CDU ein ganzer Katalog von Maßnahmen vor. Stichworte sind klimafreundliche Fahrzeuge für den öffentlichen Nahverkehr, Kajensanierung sowie der Bau eines neuen Kreuzfahrtterminals in Bremerhaven und der schon länger geplanten Fahrrad-Premiumrouten.

Mit der Gründung einer „Klima-Universität“ greifen CDU-Landeschef Carsten Meyer-Heder und der Finanzpolitiker Jens Eckhoff eine Idee von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) auf. Nach Ansicht der Bremer Christdemokraten sollte das kleinste Bundesland alles daran setzen, Standort einer solchen Einrichtung zu werden. In Bremen und Bremerhaven sei so viel ökologisches Know-how vorhanden, dass es auf der Hand liege, dieses Wissen und seine akademische Vermittlung an einer eigenen Hochschule zu bündeln.

Kritik übten Eckhoff und Meyer-Heder an der Schwerpunktsetzung im Bremen-Fonds. In dem Corona-Programm von Rot-Grün-Rot gehe es zu sehr darum, die Defizite der öffentlichen Unternehmen abzudecken, und zu wenig um Innovation.

VERWALTUNGSGERICHT

Kosmetikstudios bleiben geschlossen

Bremen. Kosmetikstudios dürfen auch weiterhin ihre Türen nicht für Kunden öffnen. Das Verwaltungsgericht hat am Mittwoch den Eilantrag einer Betreiberin eines Studios abgelehnt, die gegen die Schließung geklagt hatte. Die jüngste Corona-Verordnung sieht vor, dass neben Restaurants, Kneipen oder Fitnessstudios auch Kosmetikstudios geschlossen bleiben müssen. Wie das Verwaltungsgericht mitteilte, hatte die Klägerin auf ihr Schutz- und Hygienekonzept sowie auf eine aus ihrer Sicht ungerechtfertigte Privilegierung insbesondere von Friseurbetrieben verwiesen. Friseure dürfen ihre Dienstleistung derzeit weiterhin anbieten. Das Gericht folgte der Argumentation der Kosmetikstudio-Betreiberin nicht. Die Begründung: Die Antragstellerin sei nicht in unverhältnismäßiger Weise in ihren Grundrechten verletzt und wegen der zeitlichen Bemessung der Verordnung sei die Maßnahme auch nicht unangemessen. BEM

Gehören Sie einer Risikogruppe an oder sind in Quarantäne und brauchen Hilfe beim Einkaufen oder Ähnlichem? Bitte melden Sie sich.

0421 / 34 20 80
www.freiwilligen-agentur-bremen.de